



Council of the
European Union

Brussels, 13 April 2023
(OR. en, de)

8268/23

**Interinstitutional File:
2022/0155(COD)**

LIMITE

JAI 437
ENFOPOL 164
CRIMORG 42
IXIM 84
DATAPROTECT 96
CYBER 82
COPEN 111
FREMP 107
TELECOM 97
COMPET 321
MI 288
CONSOM 123
DIGIT 62
CODEC 596

NOTE

From: German delegation
To: Law Enforcement Working Party (Police)
Subject: Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council
laying down rules to prevent and combat child sexual abuse

Delegations will find attached

- comments of the German Federal Government (position paper) on the draft CSA Regulation,
- a text proposal regarding the inclusion of an Abuse Victims and Survivors Board (Article 66a new) in the draft CSA Regulation.

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Vorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern (CSA-VO)

Stellungnahme der Deutschen Bundesregierung zum Entwurf einer CSA-VO

Für die Bundesregierung hat der **Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen höchste Priorität**. Daher begrüßt die Bundesregierung den Kommissionsentwurf als **gemeinsames europäisches Vorgehen**, das klare und dauerhafte Rechtsgrundlagen schafft. Ein einheitlicher europäischer Rechtsrahmen mit effektiven Meldewegen stellt einen wesentlichen Schritt im Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern dar. Dabei ist es wichtig, die **Anbieter** einschlägiger Dienste der Informationsgesellschaft **stärker in die Verantwortung** zu nehmen.

Gleichzeitig ist es unbedingt erforderlich, dass die geplanten Regelungen der CSA-VO im Einklang mit den **grundrechtlichen Anforderungen** insbesondere an den **Schutz der Vertraulichkeit der Kommunikation und an den Schutz der Privatsphäre in der Kommunikation** stehen. Ein **hohes Datenschutzniveau**, ein **hohes Maß an Cybersicherheit**, einschließlich einer **durchgängigen und sicheren Ende-zu-Ende-Verschlüsselung in der elektronischen Kommunikation** sind für die Bundesregierung **unerlässlich**.

Aus Sicht der Bundesregierung sind **wesentliche Änderungen** im Verordnungsentwurf erforderlich, damit dieser aus deutscher Sicht zustimmungsfähig wird. Konkrete Forderungen werden nachfolgend festgehalten. Soweit die Prüfungen innerhalb der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen sind, behalten wir uns weitere Forderungen zu einem späteren Zeitpunkt vor. Die Bundesregierung wird sich weiterhin aktiv und konstruktiv in die Verhandlungen der CSA-VO einbringen.

Nationales Strafrecht als verbindliche Obergrenze

Das **Alter der sexuellen Mündigkeit** variiert in den MS. In DEU gelten Jugendliche ab 14 Jahre als hinreichend mündig, ihr Einverständnis mit bestimmten Handlungen und Inhalten zu erklären.

Der Verordnungsentwurf sollte nur solche Inhalte und Verhaltensweisen erfassen, die EU-weit verboten sind. Insofern sind Anpassung der Begriffsbestimmung in Art. 2 (insbesondere lit. l, o, q) erforderlich, die den nationalen Umsetzungsspielraum der Mitgliedsstaaten der Richtlinie 2011/93/EU berücksichtigen. Inhalte oder Verhaltensweisen, die nach nationalem Recht nicht strafbar sind, sind vom Anwendungsbereich des Verordnungsentwurfs auszuschließen.

Risikomanagement und abgestufte Verfahren

- Erforderlich sind Konkretisierungen der Anforderungen und Maßstäbe an das Risikomanagement i.S.d. Art. 3 bis 6. Sowohl Anbieter als auch Nutzer müssen im Sinne von Rechtssicherheit und Vorhersehbarkeit wissen, welche Daten bzw. Parameter zugrunde gelegt werden (können) und in welchem Maße diese gewichtet werden.
- Im Verordnungsentwurf ist festzustellen, dass die Pflichten des Risikomanagements ohne den Einsatz von Aufdeckungstechnologien i.S.d. Art. 10 VO-E im zeitlichen und örtlichen Anwendungsbereich der CSA-VO zu erfüllen sind.

- Festlegung des Stufenverhältnisses zwischen Risikominimierungsmaßnahmen und Aufdeckungsanordnungen im Verordnungstext: Vor einer möglichen Aufdeckungsanordnungen sind zunächst **alle milderen Mittel im Rahmen des Risikomanagements** (verpflichtend) auszuschöpfen.

Konkretisierung der Vorgaben für Altersverifikationen

- Im Verordnungsentwurf ist festzulegen, dass verpflichtende Altersverifikationen (gem. Art. 4 Abs. 3, Art. 6 Abs. 1 lit. c VO-E) eine anonyme oder jedenfalls pseudonyme Nutzung betroffener Dienste weiterhin ermöglichen müssen. Wir setzen uns für eine stärkere Erforschung verschiedener geeigneter Verfahren ein. Die Entwicklung eines EU-weit einheitlichen, wirksamen und datensparsamen Verfahrens zur Altersverifikation wird vorangetrieben. Die Bundesregierung bringt sich hierzu mit konkreten Vorschlägen auf EU-Ebene ein.
- Es ist sicherzustellen, dass Nutzern neben pseudonymer Altersverifikation beispielsweise mittels freiwilliger Ausweisvorlage (selektive Offenlegung nur der Über-/Unterschreitung einer bestimmten Altersgrenze mittels eID-Verfahren ohne Übermittlung sonstiger Informationen über den Nutzer) durch die Diensteanbieter gleichrangig alternative Altersverifikationsverfahren angeboten werden, sofern diese den gleichen Grad an Gewissheit bieten (Sicherstellung eines Wahlrechts).
- Auch Dienste, die wirkungsvolle Altersverifikationsverfahren implementiert haben, müssen zwingend geeigneten Beschwerde- und Abhilfeverfahren für betroffene Nutzerinnen und Nutzer schaffen.

Konkretisierung der Voraussetzungen für den Erlass von Aufdeckungsanordnungen und Gewährleistung einer durchgängigen und sicheren Ende-zu-Ende-Verschlüsselung

Der Verordnungsentwurf sieht die Möglichkeit der Anordnungen zum Aufdecken von bereits bekannten sowie neuen Missbrauchsdarstellungen und „Grooming“ vor. Aus Sicht der Bundesregierung begegnet die Ausgestaltung des Verordnungsentwurfes in diesem Bereich erheblichen Bedenken. Dies betrifft insbesondere auch den durchgängigen Schutz Ende-zu-Ende verschlüsselter Kommunikation. Es bedarf deutlicher Konkretisierung, um einen größtmöglichen Schutz aller betroffenen Grundrechte sicherzustellen – sowohl die Grundrechte von sexuellem Missbrauch betroffener Kinder und Jugendlicher wie auch die Grundrechte von Nutzerinnen und Nutzern von Diensten der Informationsgesellschaft, die Adressat einer Aufdeckungsanordnung werden.

Die Bundesregierung wird sich in ihrem Handeln in Deutschland und auf EU-Ebene für einen stärkeren Fokus auf Erforschung und Entwicklung von grundrechtsschonenden Technologien zur Erkennung von strafrechtlich relevanten Inhalten im Sinne der CSA-VO einsetzen.

Innerhalb der Bundesregierung dauert die kritische Prüfung hinsichtlich folgender Punkte an:

- Zulässigkeit sowie etwaiger Umfang serverseitiger Aufdeckungsmaßnahmen in unverschlüsselten Telekommunikations- sowie (Cloud-) Speicherdiensten. Die staatliche Pflicht zum Schutz der Rechte von Kindern ist in Art. 24 GRCharta verankert und umfasst insbesondere das Recht auf körperliche Unversehrtheit welches in Art. 3 GRCharta verankert ist. Gleichzeitig bedeuten Aufdeckungsmaßnahmen in privater Kommunikation und privaten Cloudspeichern einen erheblichen Eingriff in den in Art. 7 der EU-Grundrechte Charta (GRCharta) verankerten Schutz des Privatlebens und privater Kommunikation und in den in Artikel 8 GRCharta verankerten Schutz personenbezogener Daten.
- Zulässigkeit von Aufdeckungsanordnungen von bislang unbekanntem Missbrauchscharakter und Grooming. Darstellungen bislang unbekannter Missbrauchscharaktere und Grooming geben regelmäßig Hinweis auf andauernde Missbrauchscharaktere. Der Erstkontakt bei Anbahnungsversuchen in Missbrauchscharakter (Grooming) findet regelmäßig in digitalen Diensten zur öffentlichen Verbreitung von Informationen statt. Die Erkennung von bislang unbekanntem Missbrauchscharakteren und Grooming ist jedoch nicht fehlerfrei möglich. Durch die Einzelfallprüfung werden Ressourcen bei nationalen Behörden gebunden.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind insbesondere folgende Forderungen festzuhalten, ohne deren Übernahme Deutschland dem Verordnungsentwurf nicht zustimmen können:

- Ausschluss von Maßnahmen, die zu einem Scannen privater verschlüsselter Kommunikation führen, insbesondere durch Streichung der Anwendbarkeit des Art. 7 VO-E auf verschlüsselte interpersonelle Kommunikationsdienste i.S.d. Art. 2 b) VO-E.
- Der Einsatz von Maßnahmen, die zu einem Bruch, einer Schwächung, Modifikation oder einer Umgehung von Ende-zu-Ende-Verschlüsselung führen, ist durch konkrete technische Anforderungen im Verordnungsentwurf auszuschließen.
- Im Verordnungsentwurf auszuschließen sind Technologien, die als sog. Client-Side-Scanning auf dem Endgerät des/der Anwenders/in zum Aufdecken von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet und Grooming eingesetzt werden.
- Audiokommunikation ist vom Anwendungsbereich des Art. 7 VO-E auszunehmen.
- Konkretisierung der unbestimmten Rechtsbegriffe im Verordnungstext insbes. „erhebliches Risiko“ i.S.d. Art. 7 Abs. 3 VO-E „in beträchtlichem Umfang“ i.S.v. Art. 7 Abs. 5,6,7.
- Konkretisierung der Vorgaben für eine Abwägungsentscheidung i.S.d. Art. 7 Abs. 4 lit. b).
- Konkretisierung der Vorgaben für begrenzte, möglichst zielgerichtete Anordnungen nur auf einen „identifizierbaren Teil oder Aspekt“ eines betroffenen Dienstes i.S.d. Art. 7 Abs. 8 UAbs. 3 lit. a).
- Konkretisierung und Sicherstellung, dass alle Nutzerinnen und Nutzer von Diensten, die Adressat einer Aufdeckungsanordnung werden, in geeigneter, abstrakter Weise i.S.d. Art. 10 Abs. 5 über die in dem betroffenen Dienst durchzuführenden Aufdeckungen sowie Meldungen potenziellen sexuellen Missbrauchs von Kindern informiert werden.
- Es ist sicherzustellen, dass Daten, sobald sie für die Aufgabenerfüllung des EU-Zentrums, der Strafverfolgungsbehörden sowie weitere unter der CSA-VO zuständige Behörden nicht mehr erforderlich sind, gelöscht werden.

Weitere Anordnungen:

- Bei der Entfernung von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern, sollte vorrangig eine dauerhafte Entfernung der Inhalte angestrebt werden (Grundsatz „Löschen statt Sperren“).
- Sperranordnungen, die sich an Internet-Zugangsanbieter richten, sollten als letztes Mittel nur zulässig sein, wenn Maßnahmen gegen den Verantwortlichen nicht durchführbar oder nicht Erfolg versprechend sind, die Sperrungen technisch möglich und zumutbar sind, keine Überwachungspflichten damit verbunden sind und etwaige HTTPS-Verschlüsselung gewahrt bleiben

Beschleunigte Meldewege

- Konkretisierung im Verordnungstext, dass CSAM-Meldungen nach Prüfung durch das EU-Zentrum ohne zeitlichen Verzug an die zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten weitergeleitet werden.

Mehr Gestaltungsspielraum bei der einzurichtenden Behördenstruktur in den Mitgliedstaaten sowie Förderung der Zivilgesellschaft und Betroffenenvernetzung

- Flexibilisierung der Anforderungen an die Ausgestaltung der Koordinierungsbehörden; insbesondere bzgl. der geforderten Unabhängigkeit, zur effektiven Nutzbarmachung bestehender Strukturen.
- Politisch-strukturelle Einbindung von Betroffenen sexuellen Missbrauchs bei der Arbeit der nationalen Koordinierungsbehörden. Stärkung von Betroffenenvernetzung auf nationaler Ebene durch die Koordinierungsbehörden.
- Eine enge Zusammenarbeit der Meldestellen mit fachlich erfahrenen zivilgesellschaftlichen Akteuren wird etabliert.
- Sicherstellung, dass die vorgesehene Unabhängigkeit der nationalen Koordinierungsbehörde nicht einer wirksamen Datenschutzaufsicht entgegensteht.

Aufgaben und Governance Struktur des EU-Zentrums für die Verhütung und Bekämpfung sexuellen Kindesmissbrauchs

- Konkretisierung der Aufgaben des EU-Zentrums im Bereich der Prävention, Unterstützung, Forschung und Aufarbeitung unter stärkerer Berücksichtigung der Offline-Dimension sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen im Verordnungstext.
- Strukturelle Beteiligung von Betroffenen sexuellen Missbrauchs bei der Tätigkeit des EU-Zentrums durch die Gründung eines Betroffenenbeirates – vgl. beiliegend übermittelten Formulierungsvorschlag. Vor der Veröffentlichung einer Liste mit Mitgliedern des Betroffenenbeirats auf seiner Webseite sind die Einwilligungen der Betroffenen einzuholen.

- Konkretisierung der Aufgabenabgrenzung zwischen EU-Zentrum und Europol im Verordnungstext, um Synergien für eine effektive Strafverfolgung zu schaffen und Doppelarbeit zu vermeiden. Dies schließt eine Prüfung ein, inwieweit die bei Europol bereits etablierten Prozesse genutzt werden können.
- Schaffung einer eindeutigen Rechtsgrundlage für den Austausch personenbezogener Daten unter Einhaltung des Grundsatzes der Datenminimierung zwischen beiden Einrichtungen, um die künftige Zusammenarbeit in der Praxis zu gewährleisten.
- Konkretisierung, in welchem Umfang und unter welchen Rahmenbedingungen das EU-Zentrum auf Unterstützungsleistungen von Europol zurückgreifen soll, und Aufnahme klarer Regelungen in die Verordnung, um negative Auswirkungen auf die Kernaufgaben von Europol zu vermeiden.
- Harmonisierung der Governance-Struktur des geplanten EU-Zentrums mit den bewährten und jüngst von den Ko-Gesetzgebern bestätigten Governance-Strukturen von Europol, um einen angemessenen Interessenausgleich zwischen mitgliedstaatlicher und EU-Ebene zu gewährleisten. Die Einrichtung eines Exekutivrates sowie die vorgeschlagenen Vetorechte der Kommission lehnt die Bundesregierung ausdrücklich ab.

Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council laying down rules to prevent and combat child sexual abuse (CSA Regulation)

Comments by Germany's Federal Government on the proposal for a CSA Regulation

Combating the sexual abuse of children and young people has the highest priority for Germany's Federal Government. The Federal Government therefore welcomes the Commission's proposal as a **shared European project** which will create a clear and lasting legal basis. Establishing a single European regulatory framework with effective reporting channels is a crucial step in the fight against the sexual abuse of children. As part of this effort, it is important to make the **providers** of relevant information society services **more accountable**.

At the same time, it is absolutely necessary that the planned provisions of the CSA Regulation uphold **fundamental rights**, in particular when it comes to **protecting the confidentiality and privacy of communications**. For the Federal Government, a **high level of data protection and cyber security**, including **seamless and secure end-to-end encryption in electronic communications**, is **essential**.

For the Federal Government, this means that **key changes** to the draft text are necessary before Germany can accept it. The specific changes requested are noted below. Where the Federal Government has not yet completed its examination, we reserve the right to make additional requests at a later date. The Federal Government will continue to contribute actively and constructively to the negotiations on the CSA Regulation.

National criminal law as a binding upper limit

The **age of sexual consent** varies among the Member States. In Germany, young people aged 14 and older are considered capable of consenting to certain acts and content.

The proposed Regulation should only cover content and conduct which are prohibited throughout the EU. The definitions in Article 2 (especially in (l), (o), (q)) therefore need to be revised to take into account the leeway with regard to implementation which is provided to the Member States by Directive 2011/93/EU. Content and conduct which are not punishable under national law must be excluded from the scope of application of the proposed Regulation.

Risk management and multi-step procedures

- The requirements and standards for risk management within the meaning of Articles 3 to 6 need to be more specific. In the interest of legal certainty and predictability, providers and users alike must know which data and/or parameters the risk assessment is (or can be) based on and how they are weighted.
- The proposed Regulation must state that the risk management requirements are to be met without using detection technologies as referred to in Article 10 of the proposed Regulation in the temporal and geographical scope of application of the proposed Regulation.

- Definition of the relation between the risk mitigation measures and detection orders in the text of the Regulation: **all milder means in the framework of risk management** must be exhausted first (mandatory) before any detection order is issued.

More specific requirements for age verification

- The proposed Regulation must state that mandatory age verification (according to Article 4 (3) and Article 6 (1) (c) of the proposed Regulation) must allow for anonymous or at least pseudonymous use of the services in question. We support more active research into various appropriate procedures. Progress is being made in developing an effective procedure for age verification which requires a minimum of data and is uniform throughout the EU. The Federal Government is contributing to this effort by making specific proposals at EU level.
- It is necessary to ensure that service providers, in addition to pseudonymous age verification, for example by means of a voluntary submission of an identity document (using an eID process for selective disclosure only whether the user's age is above or below a certain age limit, without transmitting any other information about the user), offer users equivalent procedures for age verification as long as such equivalent procedures offer the same degree of certainty (ensuring freedom of choice).
- Services which have implemented effective age verification procedures must create suitable complaint and redress procedures for the users concerned.

More specific conditions for issuing detection orders and ensuring seamless and secure end-to-end encryption

The proposed Regulation provides for orders to detect known or new child sexual abuse material or the solicitation of children (“grooming”). The Federal Government has serious concerns about the design of the proposed Regulation in this area. This regards in particular the seamless protection of end-to-end encrypted communication. The wording needs to be much more specific in order to ensure the greatest possible protection for all the fundamental rights concerned – the fundamental rights of children and young people affected by sexual abuse as well as the fundamental rights of users of information society services which are addressees of a detection order.

In its efforts within Germany and at EU level, the Federal Government will strive for a greater focus on researching and developing technologies which detect criminal content as defined in the CSA Regulation and which intrude as little as possible on fundamental rights.

Within the Federal Government, the critical examination of the following points is still under way:

- The permissibility and possible extent of server-side detection measures for unencrypted telecommunications services and (cloud) storage services: the governmental obligation to protect the rights of children is anchored in Article 24 of the EU Charter of Fundamental Rights and includes in particular the right to physical integrity, which is anchored in Article 3 of the Charter. At the same time, detection measures in private communications and private cloud storage constitute a significant intrusion on the right to protection of private life and private communications which is anchored in Article 7 of the EU Charter of Fundamental Rights and the right to the protection of personal data which is anchored in Article 8 of the Charter.
- The permissibility of detection orders concerning new child abuse material and grooming: new child abuse material and grooming regularly provide evidence of ongoing abuse. Initial contact in attempts to solicit for the purpose of abuse (grooming) is typically made using digital services for the public dissemination of information. However, error-free detection of new child abuse material and grooming is not possible. The individual examination of possible cases ties up resources of the national authorities.

At this point in time, the following requirements in particular should be noted, without which Germany will not be able to agree to the draft regulation:

- The Regulation must not include any measures leading to the scanning of private encrypted communication. This means in particular removing encrypted interpersonal communications services as defined in Article 2 (b) of the proposed Regulation from the scope of Article 7 of the proposed Regulation.
- Concrete technical requirements in the proposed Regulation must rule out all measures which break, weaken, modify or circumvent end-to-end encryption.
- The proposed Regulation must exclude the use of client-side scanning technologies on users' devices to detect online child sexual abuse and grooming.
- Audio communication must be removed from the scope of Article 7 of the proposed Regulation.
- The undefined legal terms in the Regulation text, in particular "significant risk" (Article 7 (3)) and "to an appreciable extent" (Article 7 (5), (6) and (7)) must be specified.
- The requirements for the weighing-up decision referred to in Article 7 (4) (b) must be specified.
- The requirements must be specified for limited orders targeted as far as possible only at one "identifiable part or component" of the service concerned as described in Article 7 (8) subparagraph 3 (a).
- It is necessary to specify and ensure that all users of services to which a detection order is issued are informed in an appropriate, abstract way, as referred to in Article 10 (5), of the detections to be carried out by the service concerned and of reports of potential child sexual abuse.
- It is necessary to ensure that data are erased as soon as they are no longer needed for the EU Centre, the law enforcement authorities or other competent authorities under the CSA Regulation to carry out their duties.

Other orders:

- When removing child sexual abuse material (CSAM), permanent removal should take precedence over blocking access to the material (principle of ‘removal instead of blocking’).
- Blocking orders addressed to internet access providers should be allowed as a last resort only if action against the responsible party cannot be taken or would likely fail; if blocking is technically feasible and reasonable; if this does not entail monitoring obligations; and if any HTTPS encryption is maintained.

Expedited reporting channels

- The Regulation text must clearly state that, after they have been checked by the EU Centre, reports of CSAM must be forwarded without delay to the competent Member State authorities.

Greater discretion with regard to the authorities to be established in the Member States; promotion of civil society and networks of victims and survivors

- The requirements for the structure of the Coordinating Authorities, especially with regard to their autonomy, must be more flexible to make effective use of existing structures.
- Child sexual abuse victims must be involved in organisational terms in the work and policy-making of the national Coordinating Authorities. The Coordinating Authorities must reinforce the networks of victims at national level.
- Close cooperation between reporting hotlines and experienced civil-society actors is being established.
- It is necessary to ensure that the planned autonomy of the national Coordinating Authority does not conflict with effective data protection supervision.

Tasks and governance structure of the EU Centre to prevent and counter child sexual abuse

- The Regulation text must specify the tasks of the EU Centre concerning prevention, support, research and study with greater attention to the offline dimension of the sexual abuse of children and young people.
- Victims of child sexual abuse must be involved in organisational terms in the work of the EU Centre by founding an Abuse Victims and Survivors Board (see the proposed wording, enclosed). Before a list of members of the Abuse Victims and Survivors Board is published on its website, their consent must be obtained.

- The Regulation text must clearly distinguish between the tasks of the EU Centre and those of Europol in order to create synergies for effective law enforcement and prevent duplication of efforts. This includes examining whether Europol's established processes can be utilised.
- A clear legal basis for the two institutions to exchange personal data while complying with the principle of data minimisation must be created in order to ensure cooperation in practice.
- The Regulation must specify the degree to which the EU Centre should rely on support from Europol and under what conditions; the Regulation should also include clear provisions in order to prevent negative impacts on Europol's core tasks.
- The governance structure of the planned EU Centre must be harmonised with Europol's tried and tested governance structures, which were recently confirmed by the co-legislators, in order to ensure an appropriate balance of interests between the Member States and the EU. The Federal Government is strongly opposed to creating an executive board and to the proposed veto rights of the Commission.

Vorschlag zur Regelung eines Betroffenenbeirats als Teil der Verwaltungs- und Leitungsstruktur des EU-Zentrums im CSA VO-E

Artikel 55

Verwaltungs- und Leitungsstruktur

Die Verwaltungs- und Leitungsstruktur des EU-Zentrums besteht aus

(...)

- e) (neu) einem Betroffenenbeirat als Beratergruppe, der die in Art. 66a vorgesehenen Aufgaben wahrnimmt.**

Teil 1: Verwaltungsrat

Artikel 56

Zusammensetzung des Verwaltungsrats

~~(2) Dem Verwaltungsrat gehört auch ein vom Europäischen Parlament benannter unabhängiger Sachverständiger als Beobachter an, der nicht stimmberechtigt ist.~~

Europol kann auf Antrag des Vorsitzenden des Verwaltungsrats einen Vertreter benennen, der als Beobachter in Angelegenheiten, die Europol betreffen, an den Sitzungen des Verwaltungsrats teilnimmt.

Commented [vHJ1]: Vor dem Hintergrund, dass Betroffenenbelange durch den Beirat wahrgenommen werden, bittet die Bundesregierung um Prüfung, welcher Anwendungsbereich für die Benennung eines unabhängigen Sachverständigen durch das EP verbleibt.

Artikel 57

Aufgaben des Verwaltungsrats

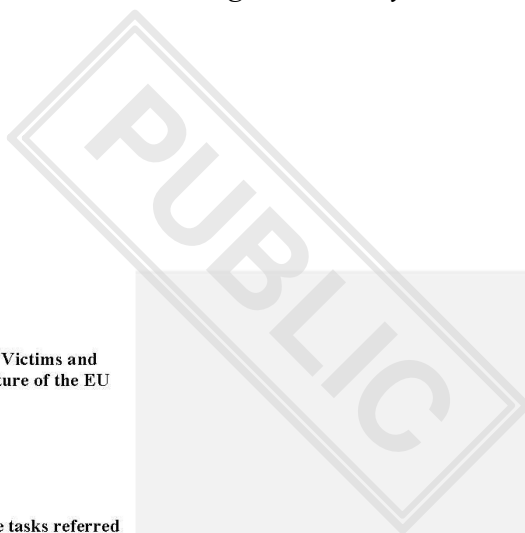
- (1) Der Verwaltungsrat hat die Aufgaben,
- a) die allgemeinen Leitlinien für die Tätigkeit des EU-Zentrums zu erlassen;
 - b) zur Erleichterung der wirksamen Zusammenarbeit mit und zwischen den Koordinierungsbehörden beizutragen;
 - c) Vorschriften zur Vermeidung und Bewältigung von Interessenkonflikten in Bezug auf seine Mitglieder sowie für die Mitglieder des Technologieausschusses und jeder anderen von ihm gegebenenfalls eingerichteten Beratergruppe des Betroffenenbeirats zu erlassen und die Interessenerklärungen der Mitglieder des Verwaltungsrats jährlich auf seiner Website zu veröffentlichen. Vor der Veröffentlichung sind die Einwilligungen der Betroffenen einzuholen;
 - d) die Bewertung der Leistung des Exekutivausschusses gemäß Artikel 61 Absatz 2 anzunehmen;
 - e) sich eine Geschäftsordnung zu geben und diese zu veröffentlichen;
 - f) die Mitglieder des Technologieausschusses und **des Betroffenenbeirats** ~~jeder anderen von ihm gegebenenfalls eingerichteten Beratergruppe~~ zu ernennen;
 - g) die Stellungnahmen zu beabsichtigten Aufdeckungsanordnungen gemäß Artikel 7 Absatz 4 auf der Grundlage eines Entwurfs einer Stellungnahme des Exekutivdirektors anzunehmen;
 - h) auf der Grundlage einer Bedarfsanalyse die in Artikel 77 Absatz 3 genannten Pläne für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zu beschließen und regelmäßig zu aktualisieren.

Soweit bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Satz 1 Buchstabe a und Buchstabe h Betroffeneninteressen berührt werden, hat der Verwaltungsrat den Betroffenenbeirat anzuhören.

Unterabschnitt 6: Betroffenenbeirat
Artikel 66a (neu)
Einsetzung und Aufgaben des Betroffenenbeirats

- (1) Der Betroffenenbeirat setzt sich aus erwachsenen, von **sexuellem Kindesmissbrauch** betroffenen Menschen zusammen, die vom Verwaltungsrat im Anschluss an die Veröffentlichung eines Aufrufs zur Interessenbekundung im *Amtsblatt der Europäischen Union* aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungs- und Fachexpertise und ihrer Unabhängigkeit ernannt werden.
- (2) Die Verfahren für die Ernennung der Mitglieder des Betroffenenbeirats, seine Arbeitsweise sowie die Bedingungen der Übermittlung von Informationen an den Betroffenenbeirat werden in der Geschäftsordnung des Verwaltungsrats festgelegt und veröffentlicht.
- (3) Die Mitglieder des Betroffenenbeirats sind unabhängig und handeln im Interesse betroffener Menschen von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet. Das EU-Zentrum veröffentlicht die Liste der Mitglieder des Betroffenenbeirats auf seiner Website und hält sie auf dem neuesten Stand.
- (4) Erfüllt ein Mitglied nicht mehr das Kriterium der Unabhängigkeit, so setzt es den Verwaltungsrat hiervon in Kenntnis. Anderenfalls kann der Verwaltungsrat auf Vorschlag von mindestens einem Drittel seiner Mitglieder oder der Kommission einen Mangel an Unabhängigkeit feststellen und die Ernennung der betreffenden Person widerrufen. Der Verwaltungsrat ernennt nach dem für ordentliche Mitglieder geltenden Verfahren ein neues Mitglied für die noch verbleibende Amtszeit.
- (5) Die Amtszeit der Mitglieder des Betroffenenbeirats beträgt vier Jahre. Sie kann einmal verlängert werden.
- (6) Der Exekutivdirektor und der Verwaltungsrat können den Betroffenenbeirat zu allen Fragen im Zusammenhang mit Betroffeneninteressen konsultieren.
- (7) Der Betroffenenbeirat hat folgende Aufgaben:
 - a) Sichtbarmachung von Betroffeneninteressen;
 - b) Beratung des Verwaltungsrats in Angelegenheiten nach Art. 57 Absatz 1 Satz 2;
 - c) Beratung des Exekutivdirektors und des Verwaltungsrats im Rahmen von Absatz 6;
 - d) Einbringung von Erfahrungs- und Fachkenntnissen zur Prävention und Bekämpfung von und Hilfen nach sexuellem Kindesmissbrauch im Internet;
 - e) Einbringungen eigener Vorschläge für die Arbeit der Koordinierungsbehörden;
 - f) Unterstützung der europäischen Vernetzung von Menschen, die von sexuellem Kindesmissbrauch betroffen sind.

Commented [vHJ2]: Erläuterung: Da viele Menschen, die in Kindheit oder Jugend sexualisierter Gewalt ausgesetzt waren, sich nicht sicher sind, ob Fotos/Videos von ihnen gemacht wurden, und weil Mehrfachexperten wichtig sollte sich der Aufruf generell an Betroffene richten.



Proposal regarding the inclusion in the draft CSA regulation of an Abuse Victims and Survivors Board to form part of the administrative and management structure of the EU Centre

Article 55

Administrative and management structure

The administrative and management structure of the EU Centre shall comprise:

(...)

- e) (new) an Abuse Victims and Survivors Board to perform the tasks referred to in Article 66a**

Part 1 – Management Board

Article 56

Composition of the Management Board

(2) ~~The Management Board shall also include one independent expert observer designated by the European Parliament, without the right to vote.~~

Commented [vHJ1]: The concerns of survivors will be addressed by the Abuse Victims and Survivors Board. Please explain which concerns would be addressed by the independent expert observer designated by the EP.

Europol may designate a representative to attend the meetings of the Management Board as an observer on matters involving Europol, at the request of the Chairperson of the Management Board.

Article 57

Functions of the Management Board

1. The Management Board shall:
 - (a) give the general orientations for the EU Centre's activities;
 - (b) contribute to facilitate the effective cooperation with and between the Coordinating Authorities;
 - (c) adopt rules for the prevention and management of conflicts of interest in respect of its members, as well as for the members of the Technological Committee and of the Abuse Victims and Survivors Board ~~of any other advisory group it may establish~~ and publish annually on its website the declaration of interests of the members of the Management Board; publication shall require the prior consent of the person concerned
 - (d) adopt the assessment of performance of the Executive Board referred to in Article 61(2);
 - (e) adopt and make public its Rules of Procedure;
 - (f) appoint the members of the Technology Committee and of the **Victims and Survivors Board**, ~~and of any other advisory group it may establish~~;
 - (g) adopt the opinions on intended detection orders referred to in Article 7(4), on the basis of a draft opinion provided by the Executive Director;
 - (h) adopt and regularly update the communication and dissemination plans referred to in Article 77(3) based on an analysis of needs.

The Management Board is required to consult the Victims and Survivors Board in all cases where, in the discharge of its tasks pursuant to sentence 1 (a) and (h), interests of survivors are concerned.

Subsection 6: Victims and Survivors Board

Article 66a (new)

Appointment and tasks of the Victims and Survivors Board

- (1) The Victims and Survivors Board shall be comprised of adult victims and survivors of child sexual abuse who, following a call for expressions of interest published in *the Official Journal of the European Union*, will be appointed by the Management Board on the basis of their personal experience, expertise and independence.
- (2) The procedures governing the appointment of the members of the Victims and Survivors Board, its functioning and the conditions governing the transmission of information to the Victims and Survivors Board shall be laid down in the Management Board's Rules of Procedure, and shall be published.
- (3) The members of the Victims and Survivors Board shall be independent and shall act in the interest of persons affected by online child sexual abuse. The EU Centre shall publish on its website and keep up to date the list of the members of the Victims and Survivors Board.
- (4) Members who cease to be independent shall inform the Management Board accordingly. Otherwise, the Management Board, at the proposal of at least one third of its members or of the Commission, may determine that they lack sufficient independence and revoke their appointment. The Management Board shall appoint new members to replace them for the remainder of their predecessors' term of office, following the same procedure as the one governing ordinary members.
- (5) The term of office of members of the Victims and Survivors Board shall be four years. It may be renewed once.
- (6) The Executive Director and the Management Board may consult the Victims and Survivors Board in connection with all matters concerning persons affected by online child sexual abuse.
- (7) The Victims and Survivors Board has the following tasks:
 - a) make the concerns of survivors visible;
 - b) advise the Management Board in matters referred to in Article 57 (1), sentence 2;
 - c) advise the Executive Director and the Management Board as foreseen in paragraph 6;
 - d) incorporate their experience and expertise as regards preventing and combating online child sexual abuse, assisting and supporting survivors
 - e) contribute own proposals for the work of the Coordinating Authorities;
 - f) contribute to the European networking of victims and survivors of child sexual abuse.

Commented [vHJ2]: Explanation: Many people who were exposed to child sexual abuse are not sure whether photos/videos were made of them; also, multiple expertise is important. For these reasons, the call should be addressed to affected persons in general.